



Presseschau vom 16.08.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps

Andreas Peter: Demokratie? Kannste behalten! – Mehrheit der Deutschen hat kein Vertrauen in Demokratie

<https://sptnkne.ws/8XAB>

Sascha Konkina: Von Regierung gelobt, von Medien gefeiert – was stimmt mit Fridays for Future-Euphorie nicht?

<https://sptnkne.ws/8XMp>

Außer der Reihe – Audio/Video/Text

Der Schwarze Kanal: Eine Handvoll Cent

<https://www.jungewelt.de/artikel/361011.html>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Moskau: USA wollen START-Vertrag unter erdachtem Vorwand kippen**

Die USA erfinden zielstrebig einen Vorwand, um sich vor der Verlängerung des START-III-

Vertrages über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen zu drücken. Das erklärte Wladimir Jermakow, Direktor des Departements Nichtweitergabe und Rüstungskontrolle im russischen Außenministerium, am Donnerstag in Moskau.

Der gültige Vertrag erlischt im Februar 2021.

Wie die Agentur Reuters am Dienstag unter Berufung auf Quellen in der US-Administration meldete, ist das Weiße Haus der Ansicht, dass die Entwicklung von Hyperschall-Marschflugkörpern in Russland die Verlängerung des START-III-Vertrages in Frage stellt. „Das ist nicht erstaunlich“, fuhr Jermakow fort. „In letzter Zeit hören wir oft, dass ranghohe US-Amtsträger an der Zweckmäßigkeit der Verlängerung dieses Vertrages zweifeln. Das ist als nichts Anderes als ein zielgerichteter Versuch zu verstehen, entsprechende Stimmung im Informationsraum zu schaffen und einen Vorwand zu erfinden, nur um den Vertrag nicht zu prolongieren... Somit will Washington Spielraum für die Aufstockung seiner Atomarsenale ungeachtet dessen schaffen, dass dabei die strategische Stabilität und die internationale Sicherheit unterhöhlt werden.“

Russland zu Verhandlungen bereit

Der russische Diplomat erinnerte an die mehrfach bekundete Bereitschaft Russlands, sich möglicher Probleme im Zusammenhang mit der Verlängerung des START-Vertrages anzunehmen. Das wäre ein verantwortungsbewusster und vernünftiger Schritt, der es gestatten würde, eine „totale Degradierung im Bereich der strategischen Stabilität“ zu vermeiden, sagte Jermakow.

de.sputniknews.com: London verbietet Lieferungen von Unterwasser-Tauchfahrzeugen nach Russland

London hat laut der britischen Ausfuhrkontrollbehörde die Lieferung von Unterwasser-Tauchfahrzeugen nach Russland verboten.

Die Einschränkungen würden fertige Produkte, Software und Technologien betreffen. Seine Entscheidung habe Großbritannien mit der Fähigkeit Moskaus begründet, Zugang zu Unterwasserkabeln zu erhalten und diese zu „beschädigen“.

„Diese Handlungen stellen eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Großbritanniens dar, und die eingeführten Beschränkungen sollten die Risiken mindern“, heißt es in dem Bericht. Die russischen Experten haben ihrerseits betont, dass, obwohl Moskau die Möglichkeit habe, die Tiefseekommunikation auf dem Meeresgrund des Atlantischen Ozeans zu beschädigen, die Erklärungen, dass es dies tatsächlich tun wolle, eine Gebilde der Vorstellung des britischen Generalstabs seien.

Im vergangenen Jahr hatte das NATO-Kommando ebenfalls erklärt, dass die Sicherheit der Unterwasserkommunikation durch die „Aktivitäten“ russischer U-Boote gefährdet sein könnte.

Demzufolge soll das russische Militär „an der Unterwasserinfrastruktur der NATO interessiert“ sein - insbesondere an den Kommunikationskanälen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32561/23/325612399.jpg>

vormittags:

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurden 2 Beschießungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf das Territorium der LVR festgestellt. Beschossen wurden **Losowje** und **Sansharowka**. Geschossen wurde mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen.

deutsch.rt.com: Ein freier Tag mehr? Russland erwägt Viertagewoche, um Arbeitslosigkeit zu senken

Die Einführung einer Viertagewoche ist in Russland schon länger im Gespräch. Ab September sollen Abgeordnete der Staatsduma ausführlich darüber diskutieren. Auch Regierungschef Dmitri Medwedew hatte sich zuvor für das neue Arbeitsmodell ausgesprochen.

„Russlands regierende Partei Einiges Russland unterstützt die Idee einer viertägigen Arbeitswoche“, sagte der Vizefraktionschef der Partei, Andrei Isajew, am Dienstag. Die neue Maßnahme würde den russischen Arbeitnehmern mehr Zeit für deren Familien und Hobbys geben und es ermöglichen, die dazugewonnene Freizeit in Bildung und die eigene Gesundheitsfürsorge zu investieren. Die Umstellung dürfe sich jedoch nicht negativ auf die Gehälter auswirken, so der Politiker. Isajew erklärte außerdem, dass eine kürzere Arbeitswoche auch die Arbeitslosigkeit senken werde. Ihm zufolge soll die Umstellung „schrittweise“ erfolgen, damit sich Unternehmen und Arbeitnehmer daran anpassen können. Bereits im Juni hat Russlands Ministerpräsident Dmitri Medwedew die Einführung einer Viertagewoche vorgeschlagen. Medwedew argumentierte, dass eine verkürzte Arbeitswoche zu einer Steigerung der Produktivität führen sowie Stress und emotionales Burn-out reduzieren werde:

„Der technologische Fortschritt führt nicht nur zum Stellenabbau, sondern auch zur Verkürzung der Arbeitszeiten und zu mehr Freizeit. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Zukunft in einer viertägigen Arbeitswoche als Grundlage des Arbeitsvertrages liegt. Ich erinnere Sie daran, dass Henry Ford vor 100 Jahren beschlossen hat, die Arbeitswoche von 48 auf 40 Stunden zu kürzen und damit eine beeindruckende Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielte.“

Auch die größte Gewerkschaftsgruppe des Landes, die Föderation unabhängiger Gewerkschaften, stimmte dem Vorschlag zu. Die Gewerkschaftsgruppe verwies auf positive Erfahrungen anderer Länder, die das neue Arbeitsmodell bereits erfolgreich anwenden. Eine Umfrage im Juni zeigte jedoch, dass fast die Hälfte aller Russen der potenziellen

Neuregelung kritisch gegenübersteht. 48 Prozent der Befragten befürchteten damals, dass eine kürzere Arbeitswoche auch niedrigere Gehälter bedeuten werde.
Die Staatsduma soll die Umsetzung der Viertagewoche ab September besprechen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 15. August 3:00 Uhr bis 16. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 8. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Sajzewo, Dolomitnoje, Spartak, Krutaja Balka, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka.** Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine gestern um 18:45 Uhr aus Richtung Sajzewo Sewernoje in Richtung Sajzewo Jushnoje geschossen. Dabei wurde ein Mann, geb. 1963, wohnhaft Rybalko-Straße 212, verletzt, der während des Beschusses auf seinem Gartenstück arbeitete.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 24.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 39.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Fall Skripal: Zweiter Polizist als Nervengas-Opfer? – russische Botschaft nimmt Stellung

Spuren des Nervengiftes der Klasse Nowitschok sollen laut einer gestrigen Mitteilung von Scotland Yard im Blut eines zweiten Polizeibeamten entdeckt worden sein, der vor Ort des Vorfalls in Salisbury tätig war. Die russische Botschaft in London äußerte sich zu diesen Informationen.

Untersuchungsbeamte, die die Nowitschok-Attacke in Salisbury ermitteln, entdeckten im Blut eines weiteren Polizisten die Spuren des Nervengiftes, das im vergangenen Jahr in der britischen Stadt eingesetzt wurde. Eine entsprechende Erklärung wurde auf der offiziellen Webseite von Scotland Yard publik gemacht. Der namentlich nicht genannte Polizist war demnach von einer kleinen Menge von Nowitschok betroffen und wurde danach medizinisch behandelt. Nach dem Vorfall übte er seinen Beruf weiter aus.

Die am 15. August veröffentlichte Pressemitteilung wirft laut der russischen Botschaft Fragen auf.

„Vor allem ist nicht klar, wieso solch ein wichtiger Umstand erst 1,5 Jahre nach dem Geschehenen bekannt wird.“

Die britische Polizei gibt demnach diesmal nicht den Namen des Betroffenen an, obwohl sie zuvor Information solcher Art „gern offengelegt hat“. In der Mitteilung gibt es russischen Diplomaten zufolge zahlreiche Widersprüche, unter anderem wird darin eine „andere Methode“ zur Entdeckung von Spuren des Nervengiftes erwähnt, die erst jetzt eingesetzt wurde.

Die publik gemachten Informationen schaffen laut der russischen Botschaft kein Vertrauen. „Diese betrachten wir als erneuten Versuch, irgendeine Beweisgrundlage zu zuvor von der britischen Regierung festgelegten politischen Regeln zu erbringen.“

Die russischen Diplomaten verwiesen unter anderem darauf, dass es aus London bislang keine Informationen über den Gesundheitszustand und Aufenthaltsort der russischen Bürger Sergej Skripal und seiner Tochter Julia gebe. Dadurch verletze man seine Verpflichtungen zu den Konsulatskonventionen und Rechtshilfeverträgen.

Ein weiteres Opfer

Voriges Jahr hatten britische Medien berichtet, dass der Polizist Nick Bailey mit dem Nervengift in Kontakt gekommen wäre, als er am Einsatz im Fall des Nervengiftanschlages auf Sergej und Julia Skripal teilgenommen hatte. Ende März 2018 wurde er aus dem Krankenhaus entlassen.

Giftanschlag von Salisbury

Sergej und Julia Skripal waren am 4. März 2018 bewusstlos im britischen Salisbury aufgefunden und mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht worden. Von wem und unter welchen Umständen der ehemalige russisch-britische Doppelagent und seine Tochter wirklich vergiftet wurden, ist noch immer unklar. Die britische Regierung behauptete umgehend, dass in den Giftanschlag auf die Skripals mit dem Stoff A-234 der russische Staat verwickelt sei. Russland wies diesen Vorwurf von sich und forderte eine unabhängige Aufklärung.

Die Affäre löste einen diplomatischen Skandal aus: Die damalige britische Premierministerin Theresa May ordnete die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten an. Aus „Solidarität“ mit London wiesen auch die USA, Deutschland und viele weitere EU-Staaten Dutzenden russischen Diplomaten die Tür. Der damalige Außenminister Boris Johnson versprach noch im März, „verblüffende Beweise“ gegen Russland präsentieren zu wollen, tat dies bis zu seinem Rücktritt im Juli aber nicht.

Die Skripals haben nach britischen Angaben überleben und sogar schnell genesen können, was einige Experten als merkwürdig bezeichneten. Seitdem ist der Verbleib der beiden nicht öffentlich bekannt. Die russische Seite vermutet sogar, dass Sergej und Julia Skripal in Großbritannien gewaltsam festgehalten werden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32246/29/322462991.jpg>

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR
Heute Nacht haben die ukrainischen Besatzer aus der 35. Marineinfanteriebrigade in Verletzung des geltenden Waffenstillstands und der Minsker Vereinbarungen einen Versuch unternommen, auf unsere Positionen vorzudringen.

So hat gegen Mitternacht eine Diversions- und Erkundungsgruppe mit elf Kämpfern nördlich von Nikolajewka (Gebiet von Dokutschajewsk) versucht, sich den Positionen unserer Verteidiger zu nähern. Unsere Verteidiger haben die Bewegung der Gruppe rechtzeitig bemerkt, das Feuer nicht eröffnet und den Gegner weiter beobachtet. Gleichzeitig mit dem

Vorrücken des Gegners wurde im Himmel über unseren Positionen eine Aufklärungsdrohne des Gegners entdeckt. Luftabweereinheiten der Volksmiliz haben die Drohne abgeschossen. Nach der Vernichtung der Drohne hat die Diversionsgruppe des Feindes ihr Vordringen eingestellt und ist zu ihren Positionen zurückgekehrt.

Unsere Spezialisten haben die Informationen auf der Speicherkarte der Drohne analysiert, auf einer Videoaufzeichnung von dort ist sichtbar, dass sie die Aufklärung auf der Route der Diversions- und Erkundungsgruppe gewährleistet hat. Wir rufen die ukrainische Seite auf, die Versuche, die Lage im Donbass durch Eindringen von Diversions- und Erkundungsgruppen auf unser Territorium einzustellen und wenden uns an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, sich der Ausführung verbrecherischer Befehle ihres Kommandos zu verweigern und so ihr Leben zu erhalten!

de.sputniknews.com: US-Außenministerium droht Besatzung von Tanker „Grace 1“ mit „ernsthaften Folgen“

Die Sprecherin des US-Außenministeriums, Morgan Ortagus, hat die Besatzung des Tankers „Grace 1“, der iranisches Öl geladen hat, mit „ernsthaften Folgen“ gedroht.

Laut US-Einschätzung „hat die Grace 1 der iranischen Revolutionsgarde geholfen, indem sie Öl aus dem Iran nach Syrien transportierte“.

Dies kann laut der gestrigen Erklärung von Ortagus zu „ernsthaften Folgen“ führen. Den Besatzungsmitgliedern könne ein US-Visum verweigert werden. Die US-Regierung wolle zudem bereits erteilte Visa an Besatzungsmitglieder solcher Tanker widerrufen.

Am 19. Juli hatte ein Gericht beschlossen, das Festhalten des iranischen Öltankers „Grace 1“ um 30 Tage zu verlängern. Wenige Tage zuvor hatte die Polizei von Gibraltar vier Crewmitglieder der „Grace 1“ gegen Kautionsfreilassung freigelassen.

Am 4. Juli hatten die Behörden in Gibraltar und die britische Marine den unter der Flagge Panamas fahrenden Tanker vor Gibraltar wegen des Verdachts auf illegale Öllieferungen an Syrien festgesetzt. Dem Tanker wurde vorgeworfen, gegen die europäischen Sanktionen gegen Syrien verstoßen zu haben. Die EU stellt seit 2011 Öllieferungen an Syrien unter Strafe. Das Öl in dem Schiff soll aus dem Iran stammen, was wiederum die US-Sanktionen gegen die Islamische Republik verletzen würde.

Der Iran wies den Verdacht von sich und bezeichnete das Vorgehen der britischen Behörden als „Piraterie“.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR über die zielgerichtete Verschleppung der Reparaturarbeiten zur Wiederaufbau der Brücke über den Sewerskij Donez durch die ukrainische Seite

Die ukrainische Seite hat ein weiteres Mal erklärt, dass die Fristen für die Arbeiten zur Untersuchung und Säuberung des Territoriums im Gebiet des KPP „Staniza Luganskaja“ von explosiven Objekten verlängert werden muss, dieses Mal um einen Monat.

Dabei teilte der Vorsitzende der Lugansker Oblastverwaltung, der Leiter der militärisch-zivilen Oblastverwaltung Witalij Komarnizkij mit, dass bis heute nicht einmal ein Entwurf für die Reparatur der Brücke über den Sewerskij Donez erstellt wurde, aber das für die Zeit der Reparaturen entschieden wurde, eine provisorische Umgehungsbrücke zu bauen.

Hauptaufgabe der ukrainischen Beamten ist es, maximal die Fristen zu verzögern, um die Unterschlagung der Gelder, die vom IKRK für die Reparatur der Brücke zur Verfügung gestellt wurden, zu rechtfertigen!

Der Bau einer sogenannten provisorischen Holzbrücke für 60 Millionen Euro ist eine präzedenzlose Erscheinung von Korruption! Wir rufen die internationalen Organisationen auf, diesen Zirkus zu beenden und die ukrainische Korruptionäre zu zwingen, ihre Verpflichtungen zur Wiederaufbau der Brücke zu erfüllen!

Spezialisten des Zivilschutzministeriums der LVR haben ein hohes Maß an Professionalität

bei der Säuberung des Territoriums von explosiven Objekten gezeigt und der ganzen Welt gezeigt, dass für die Vorbereitung der Reparatur der Brücke zwei Wochen ausreichen und nicht die Monate, von den die korruptierten ukrainischen Beamten reden!

Während die Lugansker Volksrepublik die Entminung der Territorien am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mittel bei Staniza Luganskaja durchgeführt hat, haben die ukrainischen Besatzer die chaotische Verminung der Territorien im Gebiet von Solotoje und Stschastje aktiviert.

Unsere Aufklärung hat Einsätze von technischen Gruppen der BFU bemerkt, die neue Minensperren einrichten. Diese Informationen wir regelmäßig in den Berichten der Beobachter der OSZE-Mission bestätigt.

Bei der Einrichtung von Minensperren stellen die Verbrecher der BFU keine Hinweisschilder auf Minengefahr auf und erstellen nicht einmal genauere Karten der Minenfelder, in der Folge geraten Kämpfer der BFU regelmäßig auf eigene Minen, aber das Kommando der Besatzer spuckt auf das Leben seiner Untergebenen und wirft weiter seine Soldaten auf Minen!

Wir wenden uns an die Einwohner von Stschastje und Solotoje, seien Sie wachsam! Die Verbrecher der BFU führen regelmäßig chaotische Verminungen von Örtlichkeiten durch, was eine direkte Gefahr für Ihr Leben ist!

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, die Aufmerksamkeit auf die Handlungen der BFU zu richten und keine Todesfälle unter der Zivilbevölkerung zuzulassen.

de.sputniknews.com: **Russland reduziert Investitionen in US-Staatsanleihen um eine Milliarde Dollar**

Russland hat im Juni 2019 laut den jüngsten Angaben des US-Finanzministeriums seine Anlagen in amerikanischen Wertpapieren reduziert.

Demnach umfassten die russischen Investitionen in amerikanische Staatsanleihen 10,848 Milliarden US-Dollar. Das sind mehr als eine Milliarde US-Dollar weniger als im vorangegangenen Monat.

Dabei flossen 5,296 Milliarden in langfristige und 5,552 in kurzfristige Staatsanleihen. Als Juni-Spitzenreiter gelten Japan, China und Großbritannien.

Im Mai 2019 lagen die russischen Investitionen bei 12,024 Milliarden US-Dollar.

2018 war berichtet worden, dass Russland seine Anlagen in US-Schatzpapieren mindestens um ein Drittel reduziert habe und damit nicht mehr auf der Liste der größten ausländischen Besitzer von US-Staatsanleihen stehe.

nachmittags:

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Wir erhalten weiter Beschwerden über Übergriffe der ukrainischen Kämpfer gegenüber Zivilisten auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium. Dabei verfolgen die Besatzungsverwaltung und das Kommando, statt die schuldigen Kämpfer zu bestrafen, die sich beschwerenden Einwohner.

So sind gestern, am 15. August, um 18:40 Uhr etwa 100 örtliche Einwohner in Werchnetorezkoje zu einer Kundgebung gegen die Handlungen der Kämpfer der 92. Brigade gegangen. Die friedlichen Einwohner der Stadt forderten die bewaffneten Kämpfer, die seit den letzten Tagen Gärten, Scheunen und Häuser von Zivilisten ausrauben und dies mit der Notwendigkeit begründen, die Soldaten an der Front mit Lebensmitteln zu versorgen, zur Verantwortung zu ziehen. Dabei konfiszieren die Besatzer nicht nur Lebensmittel, sondern auch Wertsachen und Haushaltstechnik, und stellen dies als „zwangsweise freiwillige Unterstützung für die Verteidiger der Ukraine“ dar.

Die um 19:00 Uhr am Ort der Kundgebung eintreffenden Vertreter des militärischen

Rechtsordnungsdienstes und der Polizei trieben die anwesenden Frauen in die Häuser und nahmen alle Männer unter dem Verdacht von gegen die Regierung gerichteten Aktivitäten fest.

de.sputniknews.com: „Rückgabe der Krim“? Selenski-Strategie „sorgt für Ironie“ – russische Politiker geben Ratschläge

Anna Simonenko

Nicht zum ersten Mal sind Pläne aus der Ukraine zur Rückgewinnung der Halbinsel Krim zu hören. Nun kündigte der Vizeleiter des Büros des ukrainischen Präsidenten, Ruslan Rjaboschapka, den Start der Entwicklung einer Strategie zur „Reintegration“ der Krim und des Donbass an. Worin besteht diese und wie reagiert die russische Halbinsel darauf? Rjaboschapka schrieb am Donnerstagabend in seinem Facebook-Account, dass eine Arbeitsgruppe bereits begonnen habe, den Plan zur „Rückgabe“ der von Kiew nicht kontrollierten Donbass-Territorien sowie der mit Russland wiedervereinigten Halbinsel Krim zu behandeln.

Hauptideen

„Unter den Hauptideen ist die Notwendigkeit einer Strategie zur Reintegration der okkupierten Territorien mit einem Aktionsplan, der regelmäßig überprüft würde“, sagte er. Die ukrainischen Behörden planen unter anderem „ein Konzept der Übergangsgerechtigkeit“ zu entwickeln, das auf den Normen und Prinzipien des internationalen Humanitär- und Strafrechts beruhen sollte.

Ziel sei auch, „endlich das vor knapp 20 Jahren unterzeichnete Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu ratifizieren“.

Die Hauptrichtungen der Tätigkeit dieser Gruppe sollen in nächster Zeit präsentiert werden; das erste Paket von konkreten Initiativen wird demnach bis 2020 erwartet.

Was denkt die Krim dazu?

„Dies alles sorgt für Ironie. Sie sollen keine Strategien schreiben, sondern zeigen, dass die Ukraine wirklich bereit ist, das Feuer an der Trennungslinie mit den Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu stoppen, sowie zivilisierte Beziehungen zu der russischen Krim aufzubauen“, so der stellvertretende Vorsitzende des Parlaments der Republik Krim, Wladimir Bobkow. Statt kreativer Handlungen „zeigen die Kiewer Behörden Politik in reiner Ausprägung“. Der Politiker empfahl der Ukraine, sich mit der Strategie der Entwicklung des eigenen Staates zu beschäftigen und darüber nachzudenken, wie man eine weitere politische Spaltung innerhalb der Gesellschaft verhindern kann.

„Im Laufe der letzten 30 Jahre entwickelt sich die Ukraine absolut chaotisch, ohne eine strategische Idee, die die ganze Gesellschaft vereinigen könnte“, so Bobkow abschließend. Sergej Zekow, Mitglied des Komitees für auswärtige Angelegenheiten im Föderationsrat, äußerte sich ebenfalls dazu: „Die Aussagen sind wohl klug, es ist aber nicht klar, was hinter ihnen steht.“ Ihm zufolge sollte Kiew an einem Handlungsplan zur Stabilisierung der Situation im Donbass sowie zur Verbesserung der Beziehungen zu Moskau arbeiten. „Aber irgendwelche Pläne zur ‚Reintegration‘ der Krim in die Ukraine zu entwerfen, ist absolut perspektivlos; diese Pläne bringen keine Ergebnisse“, sagte der Politiker.

Kiew will Krim zurückholen

Sowohl während der Amtszeit des Präsidenten Petro Poroschenko, als auch jetzt unter der Leitung des neugewählten Präsidenten Wladimir Selenski spricht man in Kiew immer wieder von Plänen zur Rückgewinnung der Krim. Vor kurzem hatte die Pressesekretärin des neuen ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski, Julia Mendel, erklärt, dass Kiew eine Strategie zur „Rückgabe“ der Schwarzmeer-Halbinsel Krim an die Ukraine ausgearbeitet habe, die man mit EU- und Nato-Vertretern erörtern wolle.

Selenski selbst hatte bei einem Treffen mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan gesagt, dass die Halbinsel eines Tages „bestimmt zurückkehren wird“. Darauf reagierte der

türkische Staatschef zustimmend.

Krim als Teil Russlands

Die Wiedervereinigung der Krim mit Russland erfolgte nach einem Referendum im März 2014. Bei dem Volksentscheid hatten 96,77 Prozent der Bürger der Republik Krim und 95,6 Prozent der Einwohner von Sewastopol für den Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt. Die Ukraine betrachtet die Krim weiterhin als „zeitweilig okkupiertes Territorium“. Den Worten des russischen Präsidenten Wladimir Putin zufolge „ist die Frage der Krim endgültig abgeschlossen“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32561/44/325614413.jpg>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 10. bis 16. August 2019

Seit dem Inkrafttreten des Waffenstillstands ab 00:00 Uhr am 21. Juli hat der Feind ihn **140-mal verletzt**. In 130 Fällen setzte er Schusswaffen ein, in 54 Fällen Granatwerfer verschiedener Art, in 25 Fällen Mörser der Kaliber 120 und 82mm und in je einem Fall hat der Gegner Panzer und 122mm-Artillerie eingesetzt.

Insgesamt wurden in dem genannten Zeitraum 24 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm, 6 Panzergeschosse, 132 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm sowie 370 Granaten verschiedener Art auf das Territorium unserer Republik abgefeuert.

Unsere Einheiten haben das Feuer nicht erwidert und halten den Waffenstillstand vollständig ein.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer die Gebiete von sieben Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer der 92. und der 56. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Kokorew und Iwanow **Krutaja Balka** und **Spartak** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer aus der 36. Brigade unter Kommando von Gnatow **Leninskoje, Sachanka** und **Kominternowo** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer des Regiments „Asow“ und der 53. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Prokopenko und Poljakow **Dolomitnoje** und **Sajzewo** mit 120mm-Mörsern, automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Die Gesamtzahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU betrug acht.

Während des Beschusses von Sajzewo mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen wurde **ein Zivilist, geb. 1963, verletzt**.

Insgesamt haben die BFU **in der letzten Woche** das Feuer auf Wohngebiete und kommunale Infrastrukturobjekte der Republik verstärkt und **64 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** verübt, darunter auch mit verbotenen Arten von Waffen.

Die ukrainischen Strafruppen haben 24 122mm-Artilleriegranaten, 6 Panzergeschosse, 91 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm sowie 236 Granaten verschiedener Art auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Infolge der Feuerangriffe der ukrainischen Streitkräfte wurden ein ziviler Einwohner und einer unserer Verteidiger verletzt.

Der Beschuss von Ortschaften der Republik von Seiten der Ukraine demonstriert offen das Verhältnis der politischen und militärischen Führung zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen.

Alle Informationen wurden mit Fotos und Videomaterial an Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden sowie an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Prokopenko, Garas, Poljakow, Iwanow, Gnatow, Palas, Guds und Kokorjew übergeben.

Dabei demonstrieren die Besatzer **in kontrollierten Massenmedien weiter fabrizierte Reportagen über angebliche Verletzungen des Waffenstillstands von unserer Seite**. Zur Erstellung solcher falschen Beweise führen ukrainischen Propagandisten zusammen mit Journalisten **Detonationen von imitierten Geschossen in der Nähe der Kontaktlinie** durch. Die Erstellung solcher Fake-Reportagen stellten wir im Verlauf der letzten Woche an der gesamten Kontaktlinie fest. Heute wurden solche inszenierten Kämpfe im Gebiet von Schirokino und Slawnoje durchgeführt, wo wir mehr als zehn Detonationen von imitierten Geschossen bemerkt haben.

Das Kommando der BFU führt die Politik des Ignorierens der Minsker Vereinbarungen fort, in deren Verletzung stationiert es **schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie und von sozialen Objekten**. Gemäß den Anweisungen des Kommandos der OOS setzen Einheiten der elektronischen Kriegführung die **Funkunterdrückung der Leitungskanäle der Drohnen der OSZE-Mission** fort, um Fälle der Stationierung verbotener Militärtechnik zu verheimlichen. In der letzten Woche haben wir zahlreiche Fälle von Aktivitäten mobiler Gruppen der elektronischen Kriegführung aus dem 305. und dem 20. Bataillon für elektronische Kriegführung der ukrainischen Streitkräfte bemerkt. Ihre Aktivität wurde entlang der gesamten Kontaktlinie festgestellt, am häufigsten in den Gebieten von Awdejewka, Stepanowka, Nowosjolowka, Nowopokrowsk, Tschermalyk und Iwanopolje, wo Beobachter der OSZE-Mission gezwungen waren, die Arbeit mit Drohnen wegen der Gefahr des Verlustes einzustellen.

Außer der Unterdrückung von Leitungssignalen der Drohnen der OSZE-Beobachter haben die ukrainischen Verbrecher **zweimal zielgerichtet Drohnen der Mission** in den Gebieten von Gnutoowo, Paraskowjewka und Talakowka mit Schusswaffen **beschossen**. In allen Fällen wurden die Flüge der OSZE-Drohnen eingestellt.

In der letzten Woche wurden mit dem Personal der Einheiten der Volksmiliz Übungen und Trainings zur Erhöhung des Niveaus der professionellen Fertigkeiten und Kenntnisse sowie Maßnahmen zur Unterstützung der Kampffähigkeit durchgeführt.

Auf einem der Übungsplätze der Republik fanden Wettbewerbe von Flammenwerferschützen der Volksmiliz der DVR statt. Der Wettbewerb beinhaltete Schießen mit Übungssimulatoren, die auf Basis eines Infanteriestrahlfammenwerfers erstellt wurden, die Überwindung von Feuersturmstreifen und die Erfüllung von Normativen bezüglich Spezialausbildung und taktischer Spezialausbildung.

Es wurden Übungen mit Granatwerferschützen und Scharfschützen der allgemeinmilitärischen Einheiten durchgeführt. Es wurden Fertigkeiten zur Genauigkeit beim Anvisieren und beim Feuern gefestigt. Während der Übungen führten die Auszubildenden Kontrollschüsse durch. Die Soldaten studierten Fragen der Tarnung von Feuerpositionen und

bearbeiteten diese praktisch.

Außerdem fanden Übungen mit Mechanikern/Fahrern von Schützenpanzern und Panzern statt, bei denen besondere Aufmerksamkeit auf die praktische Anwendung der Fertigkeiten der Mechaniker/Fahrer bei der Lenkung und bei der Aufrechterhaltung einer ständigen Gefechtsbereitschaft der ihnen anvertrauten Waffen gelegt wurde, außerdem wurde die Lenkung bei der Überwindung von Hindernissen auf den zu überquerenden Örtlichkeiten bearbeitet.

Im Rahmen der Hilfeleistung für Einwohner unserer Republik wurde gemeinsam mit gesellschaftlichen karitativen Organisationen der Besuch von Kindern von Soldaten der Volksmiliz bei Freizeitveranstaltungen in Donezk organisiert.

Außerdem konnten die Mitglieder des Jenakiewer Fallschirmclubs mit Unterstützung der Volksmiliz Fallschirmsprünge in Asow durchführen, und kleine Liebhaber des Fußballs konnten Taganrog besuchen, wo sie einige Tage in einem Kindererholungszentrum verbrachten.

Unsere Aufklärung hat **Informationen über die Arbeit einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe des SBU und der Staatsanwaltschaft zu Fällen von Waffen- und Munitionsdiebstahl** am Stationierungsort der 30. Brigade, die das Territorium nördlich von Gorlowka besetzt hält, erhalten.

So hat nach der Version der Ermittlung das Brigadekommando in krimineller Absprache mit Soldaten des 143. Minenräumzentrums, die den Verband besucht haben, um nicht funktionsfähige Munition zu entsorgen, hundert Granaten F-1 und fast 4500 Patronen des Kalibers 7,62 abgeschrieben. Später wurde die Munition von Mitarbeitern des SBU bei einem Versuch, sie aus der OOS-Zone herauszubringen, an einem Checkpoint entdeckt. Zurzeit sind der Kommandeur, der Stabschef und der für Bewaffnung zuständige stellvertretende Brigadekommandeur der 30. Brigade von der Ausübung ihrer dienstlichen Verpflichtungen entbunden, das Kommando hat der für moralisch-psychische Betreuung zuständige stellvertretende Kommandeur der Brigade erhalten. Durch Entscheidung des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte wird die 30. Brigade außerplanmäßig aus der OOS-Zone abgezogen. Sie wird durch die 59. Panzergrenadierbrigade ersetzt werden, die zu 53% mit Personal ausgestattet ist. Die Rotation wird in den nächsten Tagen beginnen.

Nach uns vorliegenden Informationen arbeiten **in der 56. Brigade der BFU** eine Kommission des Stabs der OOS und Vertreter der Staatsanwaltschaft, um Anzeigen von Soldaten der Brigade zu Fällen von Korruption in dem Verband zu überprüfen. Die Kommission des Stabs der OOS leitet der stellvertretende Kommandeur der Besatzer. Außerdem ist **zur Unterdrückung einer offenen Meuterei eine Spezialeinheit der Militärpolizei** aus Krasnoarmejsk am Stationierungsort der Brigade eingetroffen, die unmittelbar vom Leiter der Abteilung des militärischen Rechtsordnungsdienstes für die OOS M. Bobik geleitet wird. Das Epizentrum der Befehlsverweigerung ist das 37. Bataillon, das sich im Zusammenhang mit dem zweimonatigen Rückstand der Prämienzuschläge weigert an die Frontpositionen zu gehen. Vertreter dieser Einheiten haben begonnen, in geschlossenen Gruppen über die Internet-Systeme „Telegram“ und „Viber“ Aufrufe an andere Soldaten der Brigade zu verbreiten, sich genauso zu verhalten. Derzeit konfiszieren Vertreter des militärischen Rechtsordnungsdienstes massenhaft Smartphones bei den Soldaten, um eine weitere Koordination der Meuterei auszuschließen.

Trotz der lautstarken Erklärungen der militärisch-politischen Führung der Ukraine über den anhaltenden Übergang der BFU auf NATO-Standards beschwerten sich die Kämpfer der Besatzungskräfte weiterhin über das niedrige Niveau der materiellen und technischen Ausstattung.

So haben sich nach dem Ausbleiben einer angemessenen Reaktion des Kommandos der Besatzungskräfte auf eine Beschwerde von Kämpfern des 24. Bataillons „Ajdar“ über das **Fehlen einer zuverlässigen Versorgung an der Front** die Nationalisten mit einem Schrei um

Hilfe an Freiwillige gewandt. Im Ergebnis haben Freiwillige am 12. August eine erste Partie humanitärer Hilfe nach Dershynsk geliefert, wo sich der Stab des nationalistischen Bataillons befindet. Das Kommando der 53. Brigade, das von der Eigeninitiative seiner Untergebenen sowie von der Veröffentlichung dieses Falls in den Massenmedien und im Internet erfahren hatte, zitierte den Bataillonskommandeur Ptaschinka herbei und drohte ihm für den Fall einer Wiederholung einer solchen Aktion mit Entlassung. Der Brigadekommandeur der 53. Brigade Poljakow erklärte dem Untergebenen, dass „Ajdar“ schon lange im Verband der ukrainischen Streitkräfte ist und dass es, obwohl man es „einzelnes Bataillon“ nennt, vollständig unter seiner Amtsgewalt ist und eine solche Arbeit mit Freiwilligen sowohl ihn, Poljakow, als auch die BFU im Ganzen bloßstellt.

Nach Informationen, die wir aus der Leitung des SBU in Kiew erhalten haben, wurde am 12. August ein Offizier des 503. Bataillons der 36. Marineinfanteriebrigade nach der Rückkehr von den internationalen Übungen der NATO „Agile Spirit 2019“ in Georgien am Flughafen von Odessa festgenommen. Der Festgenommene wird der Spionage zugunsten Georgiens verdächtigt.

So hat nach der Version der Ermittlung der Offizier während der Übungen Vertretern der Aufklärung Georgiens geheime Informationen über die Tätigkeit des Marineinfanteriekorps der Marinestreitkräfte der Ukraine übergeben. Nach Angaben der Gegenaufklärung der Ukraine war der festgenommene Marineinfanterist angeworben worden, als er Dienst in der sogenannten „georgischen Legion“ der BFU tat.

Inzwischen wurden bereits 12 ehemalige Mitglieder des „georgischen Legion“ auch aufgrund des Verdachts der Spionage zugunsten Georgiens festgenommen. Außerdem wurden drei Festgenommene der gegen die Regierung gerichteten Tätigkeit und Agitation beschuldigt.

de.sputniknews.com: **Notlandung auf Maisfeld: Putin verleiht Piloten Heldenorden**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die zwei Piloten, die das Flugzeug nach dem Ausfall beider Triebwerke in der Nähe von Moskau auf einem Maisfeld notgelandet haben, mit dem Heldenorden geehrt.

„Ich habe einen Erlass über die Belohnung der Flugzeugsbesatzung unterzeichnet, die, wie bekannt, eine außerplanmäßige, harte Landung nahe dem Flughafen Schukowski durchgeführt hat“, sagte Putin bei einer Sitzung des Sicherheitsrates.

Dem Flugzeug-Kapitän Damir Jussupow und seinem Co-Piloten Georgi Mursin seien die Titel des Helden Russlands verliehen worden. Die weiteren Besatzungsmitglieder sollen den Tapferkeitsorden erhalten.

Zugleich äußerte Putin die Hoffnung, dass es in Zukunft möglichst wenige Vorfälle dieser Art geben werde. „Es wäre wünschenswert, wenn überhaupt nichts dergleichen passieren würde.“ Eine Airbus A321 der Fluggesellschaft „Ural Airlines“, die von Moskau nach Simferopol fliegen sollte, war am Donnerstag in einem Maisacker mehr als einen Kilometer von der Landebahn des Flughafens entfernt notgelandet.

Kurz nach dem Start der Maschine soll ein Möwenschwarm in das Triebwerk geraten sein. Die Piloten entschieden sich für eine Notlandung, in deren Zuge die Maschine mit eingezogenem Fahrwerk am Boden aufsetzte.

An Bord befanden sich 226 Passagiere und Besatzungsmitglieder, darunter sieben Crewmitglieder. Alle Insassen wurden evakuiert. Nach jüngsten Angaben wurden 76 Menschen verletzt, darunter 19 Kinder.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32561/56/325615629.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. A. Osadtschij über Situation an der Kontaktlinie vom 2. bis 2. August 2019

Guten Tag!

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In der letzten Woche haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 14-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Dabei hat der Gegner Granatwerfer, großkalibrige und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden die Gebiete von **acht Ortschaften der LVR beschossen.**

Infolge hinterhältigen Beschusses der ukrainischen Straftruppen aus Sokolniki wurde **ein Soldat der Volksmiliz verletzt.**

Die ukrainischen Straftruppen beschießen weiter zielgerichtet Objekte der zivilen Infrastruktur.

Am 13. August haben die Besatzer und Ignorieren des Waffenstillstands zwei Wochen vor Beginn des Schuljahrs die Schule Nr. 4 in Solotoje-5 (Michajlowka) barbarisch beschossen. Opfer konnten vermieden werden. Außerdem wurde ein Wohnhaus in der Kortschagin-Straße 44 beschädigt.

Zur Aufklärung und Feuerleitung haben die ukrainischen Kämpfer in Verletzung der Minsker Vereinbarungen die **Drohnenflüge entlang der Kontaktlinie verstärkt.** Dank der organisierten Handlungen der Einheiten der Luftabwehr der Volksmiliz der LVR wurden in der letzten Woche **fünf Drohnen der BFU entdeckt und vernichtet,** die Aufklärung und Feuerleitung auf Ortschaften der Republik betrieben: ein „Phantom-4“ im Gebiet von Kalinowka, ein „Spektrum“ im Gebiet von Besjanoje, ein „Mavic pro“ im Gebiet von Kalinowo, eine Drohne des Typs „Krylo“ im Gebiet von Donezkij und eine Drohne des Typs „Quadrokopter“ im Gebiet von Wesjolaja Gora.

Die Videos und Fotos der Drohnen werden von unseren Spezialisten untersucht.

Der Gegner nutzt weiter den Waffenstillstand um Kräfte und Mittel zu konzentrieren und umzugruppieren sowie um schwere Waffen in der Zone der Strafoperation zusammenzuziehen.

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung die Ankunft von 12 T-72-Panzern, 3 Mannschaften von 82mm-Mörsern „Wasilek“, 3 Abwehrraketenkomplexen „Strela-10“ und sieben 120mm-Mörsern Nona-S aus dem Bestand der 46. Luftsturmbrigade im Gebiet von Rubeshnoje festgestellt. Es wurde die Stationierung von 2 152mm-Haubitzen „Akazija“ im Gebiet von Drushba und von vier Schützenpanzern aus dem Bestand der 72. mechanisierten

Brigade im Gebiet von Solotoje entdeckt.

Die Verbrecher der BFU stationieren weiter **Waffen und Militärtechnik auf dem Territorium von Objekten der zivilen Infrastruktur** und gefährden so das Leben und die Gesundheit friedlicher Bürger.

Unsere Aufklärung hat die Stationierung eines Schützenpanzerwagens „Buzefal“ und eines 23mm-Abwehrgeschützes 3U-23 der zweiten bataillonstaktischen Gruppe der 95.

Luftsturmbrigade, die zu der gemischten 46. Luftsturmbrigade gehört, in einem Wohngebiet von Stepowoje sowie eines Schützenpanzers der 1. bataillonstaktischen Gruppe der 81.

Luftlandebrigade, die zur gemischten 46. Luftsturmbrigade gehört, im Gebiet von Rajgorodka entdeckt.

Fälle von Stationierung von Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in Ortschaften werden auf von den offiziellen Berichten der OSZE-Mission bestätigt.

Ukrainische Militärtechnik und Waffen, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen außerhalb der Lageorte befinden, kommen auch regelmäßig in den täglichen offiziellen OSZE-Berichten zum Ausdruck.

In der letzten Woche wurden außerhalb der Lagerorte festgestellt:

15 Schützenpanzer

3 Panzertransporter

1 Raketenabwehrkomplex „Osa“

10 Haubitzen 2S1 „Gwosdika“ 122mm

2 Abwehrgeschütze 3U-23

3 Raketenabwehrkomplexe 9K35 „Strela-10“

7 Artilleriegeschützen „Nona-C“ 120mm

7 82mm-Mörser „Wasilek“

2 Schützenpanzerwagen.

Nach Informationen unserer Aufklärung hat der Gegner **in Wohngebieten von Smoljanowo drei 122mm-Mehrfachraketenwerfer „Grad“ stationiert.**

Um die Entdeckung von Technik der ukrainischen Streitkräfte, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert ist, zu verhindern, schaffen die ukrainischen Verbrecher weiter **Hindernisse für die Drohnen der OSZE-Mission**, die Flüge über dem von den BFU besetzten Territorien durchführen.

So haben Kämpfer der 46. Brigade am 14. August mit Schusswaffen eine Drohne der Mission im Gebiet von Stschastje abgeschossen.

Wir erhalten weiter Informationen über **Verbrechen der ukrainischen Straftruppen auf von den BFU besetzten Territorien.**

Nach Informationen örtlicher Einwohner hat eine Gruppe von Kämpfern einen Verkäufer des Geschäfts „Teremok“ auf der Donezkaja-Straße in Stschastje brutal geschlagen. Die Soldaten nahmen das Geld aus der Kasse, verladen Lebensmittel in einen Lastwagen und flohen in unbekannte Richtung. Der verletzte Verkäufer wurde in ernstem Zustand in das Stadtkrankenhaus von Stschastje eingeliefert.

Nach Informationen unserer Quellen hat der Besitzer des Geschäfts zwei Tage vor dem Raub den Rechtsschutzorganen über Drohungen von Seiten von Offizieren der BFU berichtet, die einen sogenannten „Schutz“ vorschlugen, für den sie nicht geringe Gelder forderten. Mit analogen Beschwerden an die Polizei von Stschastje wandten sich Eigentümer von sieben weiteren Geschäften, die Opfer von Erpressern in Uniform wurden, aber trotz der zahlreichen Anzeigen haben die Mitarbeiter der Polizei keine Maßnahmen ergriffen, um die Verbrecher zur Verantwortung zu ziehen.

Ursache der Welle von Raubüberfällen in der Stadt ist die Ankunft der 46. Luftsturmbrigade unter Kommando von Kotenko, die die unrühmlich bekannte 25. Luftlandebrigade abgelöst hat. Zwei Wochen nach der Ankunft in der Zone der Strafoperation hat das Personal des Verbandes noch keine Lebensmittel erhalten.

Die Soldaten der 46. Brigade sind gezwungen, sich selbst Lebensmittel zu suchen, was seinerseits zu tragischen Folgen führt.

Am 13. August wurden sieben Soldaten einer Aufklärungskompanie der 46. Brigade mit ernstesten Vergiftungen aufgrund des Verzehrs von Pilzen und Beeren ins Krankenhaus eingeliefert.

Allein in der letzten Woche haben die der Willkür des Schicksals ausgelieferten Kämpfer acht Häuser in Stschastje ausgeraubt, eine Imkerei in Petropawlowka in Brand gesetzt und 50 Liter Honig gestohlen.

Um ihre Untergebenen irgendwie zu ernähren, verkaufen die Kommandeure von Einheiten der Brigade aktiv Treibstoff an die örtliche Bevölkerung. Innerhalb von zwei Wochen seit der Ankunft des Verbands in der „OOS“-Zone haben Funktionsträger der 46. Brigade mehr als 2 Tonnen Benzin und Diesel an Zivilisten verkauft. Dieser Treibstoff wurde gesetzeswidrig abgeschrieben.

Im Zusammenhang mit der Entdeckung dieses Sachverhalts wird in der 46. Brigade der Besuche einer Kommission des Treibstoff- und Fahrzeugdienstes des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ erwartet.

In den Reihen der BFU wächst die Zahl der Verluste unter den Soldaten weiter an.

In der letzten Woche haben die Besatzer drei Tote und zwei Verletzte gehabt....

Unter der bestehenden Situation an der Kontaktlinie unternehmen wir die notwendigen Maßnahmen zur Erhalt der territorialen Integrität der LVR und des Lebens unserer Bürger. Zu diesem Zweck werden in den Einheiten und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR komplexe Übungen durchgeführt. ...

Trotz all ihres Unvermögens unterlässt die politische Führung der Ukraine nicht die Absichten, groß angelegte Kämpfe im Donbass wieder aufzunehmen. **Die völlige Nichteinhaltung des Waffenstillstands und die Missachtung von Friedensinitiativen der Volksmiliz durch die ukrainische Seite verweist direkt auf das Bestreben Kiews zu einer gewaltsamen Lösung des Konflikts.**

Die Volksmiliz hält das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein. Unsere Handlungen sind auf eine Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg gerichtet.

de.sputniknews.com: **Straße von Hormus: Polen will US-Militärmission unterstützen**

Polen hat angekündigt, die von den USA angeführte Sicherheitsmission zum Schutz der internationalen Schifffahrt im Persischen Golf zu unterstützen.

Außenminister Jacek Czaputowicz erklärte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur, man sei sich der Tatsache bewusst, dass die Situation eine Reaktion erfordere.

„Es ist eine Art polnischer Unterstützung für die amerikanischen und die britischen Anstrengungen möglich“. Es wäre ein „positives Signal“, so der Politiker.

Um welche Form der Unterstützung es geht, präzisierte er allerdings nicht.

Zuvor hatte sich Großbritannien der US-Mission angeschlossen und zwei Kriegsschiffe in die Straße von Hormus geschickt.

Der Konflikt zwischen Teheran und Washington hat die Sicherheitslage in der Straße von Hormus, die zwischen dem Persischen Golf und dem Golf von Oman liegt und international als eine der wichtigsten Schifffahrtsrouten gilt, erheblich verschlechtert. Die USA hatten auch Deutschland aufgefordert, ihre Mission „Sentinel“ (Wache) in der betroffenen Region zu unterstützen.

Die Bundesregierung reagierte skeptisch und weigerte sich, auf die Anfrage einzugehen. Zur Begründung hieß es, Deutschland wolle die US-Strategie des „maximalen Drucks“ auf den Iran nicht unterstützen. Bundesaußenminister Heiko Maas setzt diesbezüglich auf eine separate europäische Beobachtermission.

Dnr-online.ru: Heute fand unter Leitung des Vorsitzenden der Regierung Alexandr

Anantschenko eine Sitzung der Regierung der DVR statt, bei der die Frage der **Vorbereitung der Herbst- und Winterperiode 2019-2020** besprochen wurde.

Die Regierung hat Änderungen in die Verfügung des Ministerrats der DVR vom 1. November 2019 „Über Maßnahmen zur Versorgung der DVR mit Bausand für den staatlichen Bedarf“ eingeführt. Die Änderungen waren notwendig, um die Arbeiten zur Förderung von Bausand fortzusetzen.

Der Minister für Industrie und Handel der DVR Eduard Armatow hielt einen Bericht über den Vorrang von einheimischen Waren und Dienstleistungen beim Ausgaben aus Haushaltsmitteln. Nach seinen Worten haben heute zahlreiche Produkte, darunter Waren der Leicht-, Lebensmittel- und weiterverarbeitenden Industrie, Medikamente und Haushaltschemie, die in Unternehmen der Republik produziert werden, eine hohe Qualität und sind dabei völlig konkurrenzfähig.

Außerdem beschloss die Regierung eine Reihe normativer Rechtsakte zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit der DVR und zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produzenten.

dnr-online.ru: Im Maßnahmekomplex der **Minsker Vereinbarungen** ist ein fester schrittweiser Plan festgelegt, dessen Erfüllung zu einer Lösung des militärischen Konflikts führen würde. Aber **bis jetzt ist durch die Schuld der Ukraine kein einziger der 13 in Minsk vereinbarten Punkte umgesetzt**. Dies erklärte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin.

„Wir können nicht endlos warten, bis Kiew sich entschließt seinen Verpflichtungen nachzukommen, zumal dafür keinerlei Anzeichen zu sehen sind. Mehr noch, in all diesen Jahren seit der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen hat die Ukraine zielgerichtet den Donbass von sich weggetrieben. Kiew hat nicht nur eine Wirtschaftsblockade über uns verhängt, sondern auch die politischen Verbindungen mit Donezk und Lugansk durchschnitten, indem es sich weigert, einen direkten Dialog mit uns zu führen. In dieser Zeit sind die Donezker und die Lugansker Volksrepubliken als unabhängige Staaten entstanden, die eine eigene Innen- und Außenpolitik betreiben“, sagte Puschilin.

Er unterstrich, dass die Anfang dieses Jahres beschlossene Konzeption der Außenpolitik vorrangige Gebiete der außenpolitischen Aktivitäten der DVR im Interesse der Einwohner des Donbass festlegt.

„Dieses Dokument ist auf der gültigen Verfassung der DVR gegründet und auf die Verteidigung der Interessen unseres Volks, die Entwicklung vorteilhafter äußerer Bedingungen gerichtet, darunter die Herstellung von freundschaftlichen und partnerschaftlichen Beziehungen zu Russland, und widerspricht auch nicht den Minsker Vereinbarungen, weil es dort auch einen Punkt über grenzüberschreitende Zusammenarbeit gibt.

In unserer Konzeption ist die Rede nicht vom heutigen Tag, dieses Dokument ist für die Perspektive. So wie wir uns entwickeln, unsere Staatlichkeit aufbauen, wollen wir international vertreten sein, darunter auch in der UNO“, erklärte Denis Puschilin.

Auf die Frage, welche Folgen die ab dem 1. April 2019 nicht erfolgte Verlängerung des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Russland für die Lösung des Konflikts im Donbass haben kann, antwortete das Republikoberhaupt, dass dieser Vertrag bereits seit vielen Jahren nicht in Kraft ist.

„Tatsächlich hat der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen der Ukraine und der RF um einiges früher aufgehört in Kraft zu sein. Im April dieses Jahres ist er einfach formal ausgelaufen, weil der ukrainische Präsident Poroschenko zuvor einen Erlass über die „Nichtverlängerung“ dieses Abkommen unterzeichnet hat.

Durch die Worte des offiziellen Kiew, dass die Entscheidung getroffen hat, die Freundschaft mit Russland einseitig zu beenden, sind der Donbass und die Krim zum Zankapfel zwischen zwei Bruderländern geworden. Die ukrainischen Politiker haben traditionsgemäß an allem

Übel Russland beschuldigt.

Aber das ist nicht wahr. Nach dem Staatsstreich in Kiew haben die Einwohner des Donbass und der Krim auf Grundlage von Ergebnissen allgemeiner Referenden selbst ihre Beziehungen zur Ukraine abgebrochen.

Das Schicksal dieser zwei Regionen hat sich unterschiedlich entwickelt. Die Krim vereinigte sich wieder mit der RF, aber der Donbass hat seinen eigenen Weg nach Hause, schwieriger als die Krim“, sagte Denis Puschilin.

Nach seinen Worten wird die Partnerschaft der DVR mit Russland mit jedem Jahr stärker.

„Wir arbeiten mit der russischen Seite auf verschiedenen Gebieten eng zusammen, führen gemeinsame Maßnahmen durch. Dank der engen Zusammenarbeit gab es eine Reihe Veränderungen im Bildungsbereich – bereits vier republikanische Hochschulen haben die staatliche Akkreditierung in der RF durchlaufen. Außerdem hat der Präsident Russlands Wladimir Putin in diesem Jahr einen Erlass über den erleichterten Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft für unsere Bürger unterzeichnet.

Der Prozess der Integration des Donbass mit Russland hat bereits 2014 begonnen, ganz am Anfang der Existenz der Republiken, und jetzt kommt er zielstrebig in Schwung. Und das Vorhandensein oder das Fehlen eines formalen Vertrages zwischen der Ukraine und Russland kann auf diesen Prozess keinen Einfluss nehmen, weil die Entscheidung jetzt das Volk des Donbass trifft – wir entscheiden selbst, mit wem wir befreundet sind, wie wir unsere innere und äußere staatliche Politik gestalten“, fasste Denis Puschilin zusammen.

abends:

de.sputniknews.com: **Nach Vorwurf des Technologiediebstahls: Sacharowa weist USA zurecht**

Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa hat am Freitag den Vorwurf eines Technologiediebstahls kommentiert, den der US-Sicherheitsberater John Bolton gegen Russland mit Blick auf die Entwicklung von Hyperschallwaffen erhoben hat.

„Es wäre interessant zu berechnen, wie viele und welche Technologien die Vereinigten Staaten von verschiedenen Ländern der Welt gestohlen haben“, schrieb sie auf Facebook. In diesem Zusammenhang erinnerte sie an die frühere Anordnung der US-Regierung zur Schließung der russischen Auslandsvertretungen:

„Washington hat die Gebäude des russischen Generalkonsulats und der Residenz des Generalkonsuls in San Francisco gestohlen, sowie auch den Sitz der russischen Handelsmission in Washington, die Residenz des russischen Generalkonsuls in Seattle und zwei russische diplomatische Einrichtungen in Maryland und New York“.

Bolton hatte zuvor kritisiert, dass die neuesten russischen Hyperschall-Gleitflugzeuge und -Marschflugkörper angeblich größtenteils auf „gestohlenen“ US-Technologien basieren.

Der russische Parlamentsabgeordnete Franz Klinzewitsch wies die Anschuldigungen als absurd zurück und betonte, es wäre unmöglich für Russland, Technologien von den USA zu stehlen, die sie selbst nicht besitzen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32414/14/324141437.jpg>

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die Nazisten von „Asow“ spüren ihre vorgebliche Straflosigkeit und haben wieder einen Mörserbeschuss auf die Umgebung von **Dolomitnoje** vorgenommen.

Um 18:15 Uhr haben die Strafruppen 12 120mm-Mörsergeschosse auf die Umgebung der Ortschaft abgefeuert. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt. Es ist wichtig anzumerken, dass ein analoger Beschuss der Besatzer gestern zur gleichen Zeit erfolgte. Die Wahl dieser Zeit durch die Faschisten hängt direkt mit der Arbeit der OSZE-Mission in diesem Gebiet zusammen.

Dabei hat nach uns vorliegenden Informationen das Kommando der nazistischen Einheit in den letzten Tagen vollständig die Kontrolle über seine Kämpfer verloren. Seit drei Tagen befindet sich die Mehrheit der Strafsoldaten in betrunkenem Zustand und schreibt diese Verletzung der Disziplin den Gedenkfeiern für ihren zuvor auf Minen in der LVR umgekommenen Kameraden zu.

Wir rufen die Beobachter der Mission auf, den Fall von Mörserbeschuss einer friedlichen Ortschaft festzuhalten und bei der ukrainischen Seite die Einhaltung der Friedensvereinbarungen zu erreichen.

de.sputniknews.com: **USA entdecken Opferrolle für sich: Wer ist schuld?**

Irina Alksnis

Die Liste der „Verbrechen Russlands“ ist wieder mal länger geworden. Laut dem Sicherheitsberater des US-Präsidenten John Bolton werden russische Hyperschallwaffen angeblich auf Grundlage von Technologien entwickelt, die von den USA gestohlen wurden. Die „Informationsbombe“ über die Schaffung der weltweit ersten Hyperschallwaffe zündete am 1. März 2018 der russische Präsident Wladimir Putin während seiner traditionellen Botschaft an die Föderalversammlung.

Damals hatte die Ankündigung Putins bei den Experten hysterische Reaktionen (ja, seht ihr: die Russen sagen solch einen Unsinn) und nervöse Zurückhaltung (zunächst sollte man alles detailliert klären und erst dann kommentieren) zur Folge. Ein halbes Jahr später spottete niemand mehr. Das Vorhandensein der Hyperschall-Raketenkomplexe Avantgarde und Kinschal, der Rakete Zirkon – der Start ihrer Serienproduktion und Versuchs-Indienststellung – wurde eine allgemein bekannte Sache.

Was die Amerikaner betrifft, gab Washington in der vergangenen Zeit in verschiedenen Instanzen – vom Rechnungshof bis zum Pentagon – zu, dass die USA weder über solche Waffen, noch über den Schutz vor solchen Waffen verfügen, und ihre Schaffung zu den größten militärtechnischen Prioritäten des Landes zählt.

Tatsächlich führen die USA seit langem Arbeiten im Hyperschallwaffenbereich durch. Seit den 2000er-Jahren wurden Hyperschallwaffen, die Rakete X-51A für Kampffjets u.a. entwickelt. Allerdings weniger erfolgreich: Ab Mitte der 2010er-Jahre wurden alle Projekte gestoppt. Doch seit dem vergangenen Jahr wurden einige Vorhaben wieder reaktiviert – aus verständlichen Gründen, denn es liegt auf der Hand, dass die Vereinigten Staaten in diesem Bereich stark hinter Russland zurückbleiben und die Aussichten, wann Russland eingeholt werden kann, sind ungewiss.

Bolton wies wohl auf diese Entwicklungen hin, die angeblich von den Russen geklaut und auf deren Basis die eigenen Waffen schneller als bei den Amerikanern entwickelt wurden.

Natürlich könnte man sich darüber aufregen, dass unserem Land wieder einmal alles Mögliche unbegründet vorgeworfen wird. Doch die jetzige antirussische Paranoia der USA, darunter die jüngste Äußerung von Trumps Berater, könnte für die Vereinigten Staaten selbst weitaus negativere Folgen als für Russland bedeuten.

Denn wenn man Bolton glaubt, ergibt sich Folgendes.

Zunächst schafften die US-Waffenentwickler einen Durchbruch bei Hyperschalltechnologien, doch aus irgendwelchen Gründen wurde es nicht geschafft, diese Fortschritte in konkrete Militärerzeugnisse münden zu lassen – entweder steckte man selbst in der Sackgasse, oder die Arbeiten wurden als aussichtslos angesehen. Danach klauten die russischen Geheimdienste streng gesicherte US-Geheimnisse und übergaben sie an die russische Rüstungsbranche, wo in kürzester Zeit auf deren Grundlage prinzipiell neue Waffen entwickelt, getestet und in die Serienproduktion geschickt wurden, dank denen Moskau nun für viele Jahre jeden potentiellen Konkurrenten im entsprechenden Bereich voraus ist.

In einer solchen Situation sieht unser Land wie ein superfortgeschrittenes und effektives System mit unglaublich ergebnisreichen Geheimdiensten und genialen Wissenschaftlern aus, wohingegen die USA wie jämmerliche Versager wirken, die sich nur über böse Konkurrenten und das ungerechte Schicksal beklagen können.

Ein solches Bild wäre für Russland vorteilhaft, zumal es von den Amerikanern selbst kreiert wird.

In der Weltpolitik wird keine Schwäche der Großmächte geduldet, denn die Konkurrenz ist zu stark. Sobald man Schwäche zeigt, wird man gefressen. Unser Land kennt das sehr gut.

Die Positionierung als schwaches und armes Opfer wird gewöhnlich von kleineren Ländern praktiziert, die gezwungen sind, zwischen den herrschenden geopolitischen Kräften zu lavieren. Manchmal bringt das ihnen sogar Boni – sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Doch häufig bleibt ihnen nur ein Platz in der zweiten beziehungsweise dritten Reihe der Weltpolitik.

Umso erstaunlicher ist es, dass diese Taktik nun von den USA angewandt wird – einem Land, in dem es immer hieß: „Schläge einstecken und trotzdem lächeln“, „Sich nicht beschweren und keine Verwundbarkeit zeigen“.

Die Beschwerden über die „russische Bedrohung“ verwandelten sich allmählich in eine von staatlicher Seite befeuerte Tendenz.

Eine Antwort auf dieses ungewöhnliche Verhalten könnte sein, dass die USA selbst zum Opfer der eigenen ideologischen Waffen wurden. Wir haben uns daran gewöhnt, die Ideologie der aggressiven liberalen politischen Korrektheit zu kritisieren. Doch häufig bemerkt man nicht, dass die USA (und der Westen im Ganzen) diese Ideologie in zwei Versionen nutzen – für den innenpolitischen und außenpolitischen Gebrauch.

In der Innenpolitik wurde dies zu einem sehr bequemen Instrument zur Fragmentierung der Gesellschaft und Vereinfachung der Manipulation. Wenn jede Minderheit gegen eine andere Minderheit kämpft und sie zusammen die „privilegierte Mehrheit der weißen Cisgender-Männer“ angreifen, werden viele gesellschaftspolitische Probleme für das Establishment viel einfacher zu lösen sein.

In der Außenpolitik erwies sich die Wahrnehmung als Opfer bei vielen Ländern (darunter

osteuropäischer) als ein effektiver Mechanismus zur Festigung der russlandfeindlichen Stimmung und ihrer geopolitischen Abspaltung von Russland.

Ein solches Herangehen ist angesichts seiner Wirkungsmacht tatsächlich beeindruckend.

Allerdings gibt es eine Nebenwirkung – die USA nutzten es so aktiv, dass sie sich selbst mit dem Virus der Opferrolle infizierten. Dieser Virus drang dabei so tief ein, dass selbst Vertreter der alten Schule davon befallen sind, zu denen auch der 70 Jahre alte Bolton gehört.

Die Vereinigten Staaten werden das wohl auch wieder einmal Moskau vorwerfen.